

26.10.2020

Zeit zu handeln:

Humanitäre Hilfe machtkritisch, inklusiv und frei von Rassismus und Diskriminierung gestalten

*****Ärzte der Welt, das Deutsche Rote Kreuz, Ärzte ohne Grenzen und die Ärztekammer Berlin appellieren gemeinsam mit Greenpeace und Oxfam, Macht und Privilegien als Treiber von Krisen kritisch anzugehen, Veränderungen anzustoßen, um eine bedarfsorientierte, wirkungsvolle, nachhaltige Humanitäre Hilfe und dauerhafte Verbesserung der Lebensumstände von Menschen in Not zu gewährleisten.*****

Die Covid-19 Pandemie legt schonungslos soziale Ungleichheiten offen. Die Pandemie verschärft die ungleiche Verteilung von Lebenschancen und vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch. In Folge der Krise könnten 500 Millionen Menschen mehr unter die Armutsgrenzen fallen, mehr als 120 Millionen Menschen könnten bis Jahresende am Rand des Verhungerns stehen, Millionen Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialer Sicherung. Menschen die von Armut betroffen sind, haben ein vielfach höheres Risiko, massiv unter den Folgen einer Krise wie der Corona-Pandemie oder der Klimakrise zu leiden, und kaum Möglichkeiten, sich zu schützen und abzusichern. Schwache und verwundbare Menschen trifft die Pandemie am härtesten.

Das gilt genauso für die humanitären Konsequenzen der Klimakrise. Das Jahr 2020 wird eines der fünf wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen werden. Der Ausstoß von Treibhausgasen und die daraus folgende Erderwärmung schwächen die lebenserhaltenden Funktionen der Natur. Umweltzerstörung spielt eine zentrale Rolle bei Krankheitsausbrüchen von Zoonosen und anderen Infektionskrankheiten. Nur mit gesunden Ökosystemen ist der Mensch gegenüber Krisen wie extremen Wetterereignissen, Nahrungs- und Wassermangel, Waldbränden und Landkonflikten widerstandsfähiger. Und nur im Einklang mit der Natur können wir uns an die Klimakrise anpassen.

Als Organisationen aus den Bereichen Medizin, Humanitäre Hilfe und Umwelt müssen wir uns den großen Herausforderungen stellen und damit auseinandersetzen, welchen Beitrag wir zur Verhinderung einer weiteren Zuspitzung globaler Ungleichheit leisten. Notlagen und Krisen, wie die aktuelle Covid-19-Pandemie, die Folgen der Klimakrise und der steigende humanitäre Bedarf in Städten, zeigen, dass die Treiber von Krisen und Katastrophen dringend adressiert werden müssen – auch um Krisenmanagement vorbeugend zu gestalten.

Die Proteste gegen Rassismus und Repressionen haben die sozialen Ungerechtigkeiten stärker in die öffentliche Debatte gerückt. Es gilt dringend, Macht und Privilegien als solche zu thematisieren und konkrete Veränderungen zu erreichen. Mit unseren unterschiedlichen Ansätzen können wir auf jahrzehntelange Erfahrung und bedarfsorientierte humanitäre Arbeit für Menschen in Not aufbauen. Auch weiterhin müssen wir uns und unseren Modus Operandi ändern und erweitern. Dabei wollen wir humanitär, machtkritisch, inklusiv handeln und lehnen jegliche Form von Diskriminierung ab. Diesen Appell richten wir an alle Entscheidungsträger*innen und Akteure im humanitären System.

Dazu ergänzend erklärt das Steering Committee und Partner:

Ärzte der Welt: „Die Coronapandemie verschärft nicht nur Krisen, sondern auch Ungleichheiten, Diskriminierung und Ausgrenzung – in Deutschland und auf der ganzen Welt. Wie kaum ein Ereignis der vergangenen Jahrzehnte hat sie gezeigt, wie wichtig es ist, vor allem auch im Gesundheitsbereich niemanden zurückzulassen. Wenn in dieser dramatischen Situation, die zu so viel Leid führt, eine Chance liegt, dann ist es die, Ungerechtigkeiten anzuprangern und längst überfällige Veränderungen zu bewirken.

Wir fordern die Politik dazu auf, besonders gefährdete und von Krisen betroffene Menschen weltweit stärker zu unterstützen. Menschen, die dicht gedrängt in einem Flüchtlingscamp ohne ausreichende Hygienevorrichtungen leben, können sich nicht vor Covid-19 schützen. Das Gleiche gilt für diejenigen, die unter prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland und Europa leben. Alle müssen Zugang zu einer umfassenden, qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung haben.

Längst überfällig ist auch, dass wir uns systematischer und selbstkritischer mit neokolonialen Strukturen und Rassismus im humanitären Sektor auseinandersetzen. Das Bild des „weißen Retters“ ist zutiefst problematisch und zu Recht obsolet. Wir setzen immer mehr Projekte zusammen mit lokalen Partnern um und planen von Anfang an gemeinsam – in der humanitären Hilfe immer noch keine Selbstverständlichkeit. Die zu erwartenden kontroversen Diskussionen auf dem diesjährigen Humanitären Kongress werden uns hier einen weiteren Schritt voranbringen.“

Ärztammer Berlin: „Die Ärztekammer Berlin ist ein Gründungsmitglied des »Humanitären Kongresses« und begrüßt als solches dieses wichtige Diskussionsforum weiterhin außerordentlich – insbesondere in der jetzigen Zeit, die von Klimakrise, COVID-19-Pandemie und teils dramatischen Migrationsbewegungen geprägt ist. Wir tragen ausdrücklich die kritische Reflexion aller am Kongress beteiligten Organisationen mit. Dabei die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, ist uns als Ärztekammer Berlin ein besonderes Anliegen. Denn für uns Ärztinnen und Ärzte ist es essenziell, dass medizinische Arbeit in einer Umgebung stattfindet, die Patientinnen und Patienten schützt – vor Krankheit, Diskriminierung und Rassismus. Dabei ist es das oberste Ziel, jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wir sehen dabei unsere Verantwortung nicht nur im Umgang mit den Menschen, sondern auch ganz entschieden im Schutz unserer Umwelt. Für uns gilt es, Menschen in ihrer Umwelt als ganzheitliches System zu verstehen. Zeigt doch die derzeitige pandemische Lage eindrücklich, wie sehr das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur aus den Fugen geraten ist.“

Ärzte ohne Grenzen: „Ärzte ohne Grenzen ist weltweit in etwa 70 Ländern medizinisch tätig, auch im Einsatz gegen Covid-19. Unsere Mitarbeiter*innen sehen täglich, dass soziale und strukturelle Ungleichheiten den Zugang zu Medikamenten und medizinischer Behandlung bestimmen. Systemische Diskriminierung, insbesondere Rassismus, geht oft mit wirtschaftlicher Ausbeutung und Ausgrenzung einher, was zu einer stärkeren Gefährdung benachteiligter Gruppen durch Covid-19 und viele andere Krankheiten führt.“

Gesundheit ist ein unverhandelbares Menschenrecht. Auch die Bundesregierung muss vom Impfstoff-Nationalismus ablassen und sich für echte globale Solidarität einsetzen. Wir appellieren an Deutschland und die europäische Staatengemeinschaft, die Finanzierung von Gesundheitsversorgung, Medikamenten und Impfstoffen so zu gestalten, dass sie bedarfsgerecht und bezahlbar sind und global zur Verfügung stehen.

Unser Verständnis der humanitären Prinzipien fordert auch uns selbst auf angesichts Rassismus und Diskriminierung jeglicher Form nicht tatenlos zu bleiben. Das heißt, dass wir uns innerhalb unserer Organisation schonungslos mit strukturellen Rassismus und institutionalisierter Diskriminierung auseinandersetzen. Wir erkennen unsere Verantwortung an einer tiefgreifenden Veränderung mitzuwirken aktiv an. Das wird ein schmerzhafter, langer Weg sein, der nicht ohne tiefgreifende definitorische, finanzielle und konzeptionelle Veränderungen gelingen wird. Es ist längst überfällig uns zu verpflichten nicht nur zuzuhören, sondern auch zu handeln – machtkritisch, radikal inklusiv, antirassistisch und ehrlich solidarisch.“

Deutsches Rotes Kreuz: „Akute Krisen, wie die aktuelle Covid-19-Pandemie und die Folgen des Klimawandels, verursachen weltweit und in hoher Geschwindigkeit menschliches Leid und verschärfen globale und lokale Ungleichheiten. Humanitäre Bedarfe steigen dabei vor allem in Städten und haben dramatische Konsequenzen für die dort lebenden vulnerablen Personengruppen. Das DRK betont deshalb die Notwendigkeit und fordert, dass weltweit alle Menschen, die in akute Not geraten überall, jederzeit und uneingeschränkt einen gleichen Zugang zu Nahrungsmitteln, Unterkünften, Gesundheitsversorgung und Bildung erhalten. Ungleiche Behandlung und Diskriminierung ist dabei zu vermeiden und die Achtung des humanitären Völkerrechts uneingeschränkt sicherzustellen.“

Die Ablehnung von Diskriminierung jeglicher Art steht im Zentrum der humanitären Prinzipien. Insbesondere die Prinzipien der Menschlichkeit und Unparteilichkeit verlangen, dass es keine Diskriminierung aufgrund von Nationalität, ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung oder politischer Meinung geben darf. Zur Förderung und zum Schutz der Rechte aller, müssen deshalb die humanitären Prinzipien den ethischen, operativen und institutionellen Rahmen für die Arbeit von allen Akteuren im internationalen humanitären System bilden. Der Grundsatz der Neutralität bedeutet dabei nicht, angesichts von Rassismus und Diskriminierung zu schweigen. Es ist dabei von zentraler Bedeutung, die fundamentale Bedeutung von unseren lokalen Partnerinnen und Partnern und deren zentrale Rolle für die humanitäre Hilfe vollumfänglich anzuerkennen und entsprechend zu unterstützen.“

Greenpeace: „In vielen Teilen der Welt ist die Klimakrise bereits eine humanitäre Katastrophe. Sie muss international und bei uns zu Hause endlich als Krise verstanden werden, und es muss ein adäquates Krisenmanagement aufgebaut werden. Wie sehr unsere Gesundheit und letztlich unser Überleben von einer intakten Natur abhängen, zeigt uns der Ausbruch der zoonotischen COVID 19 Pandemie besonders drastisch. Die konsequente Reduktion der Emissionen muss erste Priorität sein, um die Zukunft der Menschheit und unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht zu gefährden. Die Klimawissenschaft hat es vorgerechnet: Der Ausstoß von Treibhausgasen muss in der EU bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent reduziert werden, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch zu erreichen. Dafür muss sich die Bundesregierung im Rahmen der EU stark machen, statt weiter Probleme, wie die fossilen Energien und die industrielle Landwirtschaft zu fördern. Nur mit einem ambitionierten und gerechten europäischen Klimagesetz, das bis Ende des Jahres verabschiedet sein soll, kann die EU ihrer Verantwortung zur Bekämpfung der globalen Klimakrise gerecht werden. Zusätzlich muss es Ziel sein, wertvolle Wälder als natürliche CO2-Senke zu schützen. Im Kampf gegen die Klimakrise müssen sie unsere Verbündeten sein. Die Natur ist das beste Sicherheitsnetz für uns Menschen. Und je mehr wir intakte Naturflächen regenerieren, desto mehr steigen unserer Chancen, besser gegenüber zukünftigen Auswirkungen der Klimakrise gewappnet zu sein.“

Oxfam: „Eine ungleiche Verteilung von Macht und Privilegien existiert nicht nur zwischen Globalem Süden und Norden, sondern auch zwischen internationalen NGOs und lokalen Organisationen. In unseren Strukturen verankerter Rassismus schreibt die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse fort, die ihren Ursprung in der kolonialen Ausbeutung des Globalen Südens haben: hier die reichen Staaten und die großen NGOs mit ihren Hilfsgeldern, dort die ehemaligen Kolonien und lokalen Akteure, die abhängige Empfänger dieser Gelder sind.

Im vergangenen Jahr flossen von den weltweiten Finanzmitteln für humanitäre Einsätze nur magere 2,1 Prozent direkt an nationale und lokale Akteure, Tendenz fallend. Über 90 Prozent erhielten internationale NGOs und UN-Organisationen. Diese paternalistische Bevormundung verhindert, dass die von Krisen betroffenen Menschen selbst über Auswege aus der Not bestimmen können. Dies reproduziert das Zerrbild des ‚weißen Helfers‘ sowie rassistische Stereotype über Menschen im Globalen Süden.

Wer sich fragt, was unsere Aufgabe als humanitäre Organisationen in Zeiten von ‚Black Lives Matter‘ ist, der findet genau hier die Antwort: Wir müssen das humanitäre System vom Kopf auf die Füße stellen und Macht und Ressourcen in die Hände nationaler und lokaler humanitärer Akteure legen. Internationale Hilfsorganisationen sollten nur dort eine unterstützende Rolle spielen, wo dies notwendig ist.“